

Nicht zum ersten Mal war die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) das beherrschende Thema beim halbjährlich stattfindenden Treffen der Institution mit ihren Mitgliedsländern. Es ging bei der diesjährigen Herbsttagung vor allem darum, die zunehmend bedeutsamer werdenden Schwellenländer durch Quotenerhöhungen für China, Mexiko, Südkorea und die Türkei angemessen zu repräsentieren. Andere aufstrebende Staaten wie Indien oder Brasilien sollen in einer weitergehenden zweiten Reformstufe bedacht werden. Durch eine höhere Beteiligung am Kapital des IWF erhalten die Länder im Bedarfsfall nicht nur mehr finanzielle Unterstützung, sondern erhöhen auch ihr relatives Stimmengewicht bezüglich einer Kreditvergabe durch den IWF.

Kein Wunder, dass der Enthusiasmus der stimmenstarken Länder, trotz gegenteiliger Beteuerungen, für eine echte Reform der Stimmengewichte gering ist. Das manifestiert sich im Streit über die Frage, wie diese in Zukunft berechnet werden sollen. Gegenwärtig fließen der relative Anteil eines Landes am Welthandel, sein ökonomisches Gewicht und sein Bestand an Währungsreserven in die Berechnung ein. Während Schwellenländer wie China, die große Währungsreserven besitzen, diesen Aspekt betonen, legen die USA Wert auf die Wirtschaftskraft. Die meisten EU-Staaten wiederum favorisieren den Handelsanteil und sträuben sich gegen eine Zusammenlegung ihrer Stimmenrechte. Das ist anachronistisch, wenn man bedenkt, dass in einer Währungsunion wie der EU keine Währungskrisen entstehen können, deren Vermeidung und Bewältigung die Hauptaufgabe des Fonds ist. Ein Festhalten an der nationalen Repräsentierung der Teilnehmer an der Währungsunion



**Carsten Hefeker**  
**Reform des IWF**

macht also ökonomisch wenig Sinn und ist nur politisch zu erklären.

Mit der Aufstockung des Gewichts Chinas verbinden viele IWF-Mitglieder die Hoffnung, dass China sich künftig „verantwortlicher“ für die Weltwirtschaft fühlen und sich stärker am Abbau der globalen Ungleichgewichte beteiligen würde. Die Ironie der Geschichte liegt jedoch darin, dass mittlerweile China und andere Schwellenländer zu einem erheblichen Anteil das Defizit der USA finanzieren. Aus ehemaligen Schuldner sind Gläubiger geworden, was aber ebenso wenig erwünscht ist wie die frühere bedrohlich hohe Verschuldung der Schwellenländer. Nunmehr sind die USA empfindlich für Änderungen der Kapitalströme und könnten theoretisch eines Tages auf die finanzielle Hilfe des IWF angewiesen sein. Angesichts dieser Umkehr der Verhältnisse ist es illusorisch zu glauben, der IWF könne verstärkt auf China und andere starke Länder Einfluss nehmen. Eine Quotenerhöhung Chinas wird daran nichts ändern und die Handels- und Währungskonflikte werden sich dadurch nicht beheben lassen.

Eigentlich sollten die Stimmengewichte einzelner Länder ohnehin unwichtig sein, da der IWF

seine Entscheidungen nur nach der ökonomischen Situation und vor allem nach der Güte der Politik der betroffenen Länder treffen sollte. Stattdessen spielen politische Aspekte, wie die Krisen in Argentinien, Russland und Mexiko nachdrücklich gezeigt haben, eine große Rolle. Mit der Anerkennung der großen Bedeutung der Quoten wird sich dieser Einfluss eher noch verstärken und der IWF wird noch mehr an politischer Legitimität und Glaubwürdigkeit verlieren.

Dabei ist die wirklich wichtige Frage für die Zukunft des IWF nicht so sehr die des politischen Einflusses, sondern die seiner zukünftigen Aufgaben. Es stellt sich die Frage, ob der IWF noch die nötigen Instrumente für seine Aufgaben hat. Während viel getan wurde, um die Informationsvermittlung und -verarbeitung zu verbessern, um zukünftige Krisen besser vorhersehbar und vielleicht auch vermeidbar zu machen, hat sich aber auch gezeigt, dass die Ressourcen, die der Fonds zur Verfügung hat, im Zweifelsfall nicht mehr ausreichend sind angesichts des Volumens der internationalen Finanzbewegungen. Eine marginale Quotenerhöhung wird in dieser Hinsicht zur Bewältigung oder Vermeidung zukünftiger Krisen nichts beitragen können. Sie wird nicht helfen, den IWF zum von einigen Beobachtern geforderten globalen „lender of last resort“ zu machen. Die Diskussion über exzessive Währungsreserven einzelner Länder sollte sich deshalb besser darauf konzentrieren, ob diese nicht vielmehr beim IWF gepoolt werden sollten, um dort im Sinne einer Versicherung für eine zukünftige Krisenvermeidung und -bewältigung zur Verfügung zu stehen. In Singapur wurde nicht zum ersten Mal die Chance vertan, sich diesen viel wichtigeren Fragen zu widmen.